

*Call for Proposals*

## **Fragmentierung und Integration- Schnittstellenprobleme und Schnittstellenmanagement im deutschen Sozialstaat**

Kooperationsveranstaltung des Forschungsinstituts für gesellschaftliche Weiterentwicklung (FGW) und der Gesellschaft für Sozialen Fortschritt e.V.

**21. Juni 2018, Düsseldorf**

Der deutsche Sozialstaat ist durch ein hohes Maß an horizontaler und vertikaler *Fragmentierung* geprägt. Die Sozialpolitik hat sich in verschiedene, hoch spezialisierte Politikfelder ausdifferenziert (Gesundheit, Rente, Kinder- und Jugendhilfe etc.), die zum Teil sehr unterschiedliche Traditionen, Organisationslogiken, Akteurskonstellationen und Finanzierungsstrukturen aufweisen. Gerade an den Schnittstellen zwischen den verschiedenen sozialstaatlichen Handlungsfeldern, Rechtskreisen und Institutionen entstehen jedoch oftmals „Reibungsverluste“ und Abstimmungsprobleme:

- Erstens führt eine mangelnde Abstimmung und Verzahnung der verschiedenen Hilfesysteme oftmals zu Sicherungs- und Förderlücken, Unter- und Fehlversorgungen und Brüchen in der Versorgungskontinuität; insbesondere für sozial benachteiligte Adressat\_innen und Adressat\_innen mit komplexen Bedarfs- und Problemlagen kann es auf diese Weise zu institutionellen Zugangsbarrieren und zu erhöhten Exklusionsrisiken kommen.
- Die leistungsrechtliche „Versäulung“ des deutschen Sozialstaates erschwert zweitens auch die für eine vorbeugende Sozialpolitik so wichtige Betrachtung und Bearbeitung von sozialen Risiken in einer Lebenslaufperspektive; institutionelle Schnittstellenprobleme zeigen sich gerade auch bei riskanten biografischen Übergängen und Statuspassagen.
- *Last but not least* erschwert die Fragmentierung von Verantwortungsstrukturen auch die Bearbeitung aktueller Herausforderungen wie die der nachhaltigen Integration von Flüchtlingen und Zugewanderten.

Zur Überwindung dieser Schnittstellenprobleme werden verschiedene Lösungsansätze diskutiert, die bei allen Unterschieden im Detail letztlich auf ein höheres Maß an *Integration* und Koordination der verschiedenen Hilfesysteme und ihrer Leistungen abzielen. Komplexe Problemlagen, so der Konsens, können nicht durch eine segmentierte Betrachtungsweise gelöst werden, sondern erfordern integrierte Handlungs- und Versorgungskonzepte und ganzheitliche Hilfearrangements. Da eine stärkere sozialrechtliche Zusammenführung von Leistungen durch den Bundesgesetzgeber mit erheblichen Schwierigkeiten und Widerständen verbunden ist, liegen derzeit viele Hoffnungen auf lokalen und regionalen Vernetzungsinitiativen („Bildungslandschaften“, „Präventionsketten“, „Gesundheitsnetzwerken“ etc.), in denen die rechtskreisübergreifende Kooperation von Ämtern, Institutionen und Professionen erprobt und vorangetrieben wird.

Im Rahmen der vom Themenbereich „Vorbeugende Sozialpolitik“ des Forschungsinstituts für gesellschaftliche Weiterentwicklung (FGW) gemeinsam mit der Gesellschaft für Sozialen Fortschritt e. V. veranstalteten Fachtagung sollen sowohl typische Schnittstellenprobleme im deutschen Sozialstaat in ihren Ursachen und Wirkungen analysiert als auch empirische Beispiele für Ansätze und Strategien des Schnittstellenmanagements auf Bundes-, Landes- oder kommunaler Ebene identifiziert und diskutiert werden. Folgende Fragen stehen dabei im Vordergrund:

- An welchen Stellen und zwischen welchen Handlungsfeldern zeigen sich Schnittstellenprobleme im deutschen Sozialstaat besonders markant? Wie lassen sich die Schnittstellenprobleme zwischen verschiedenen Politikfeldern bzw. Rechtskreisen systematisieren und analytisch fassen?

- Welche Risiko- bzw. Adressat\_innengruppen sind von sozialstaatlichen Schnittstellenproblemen typischerweise besonders negativ betroffen, worin äußern sich diese Probleme im konkreten Lebensalltag, und mit welchen Ressourcen und Lösungsstrategien können sie solche Probleme bewältigen?
- Welche aktuellen Gesetzesinitiativen und Reformvorhaben auf Bundesebene streben eine stärkere Integration von Zuständigkeiten und eine Synchronisierung von Regelungsinhalten zwischen den verschiedenen Sozialgesetzbüchern an, und wie sind diese hinsichtlich ihres Problemlösungspotenzials zu bewerten?
- Welche Initiativen für eine stärker ressort- und bereichsübergreifende, integrierte Vorgehensweise lassen sich auf Landesebene identifizieren, und welche Felder werden hier adressiert? Wie werden diese Initiativen und Programme konzipiert, finanziert, legitimiert und implementiert?
- Inwiefern können Kooperations- und Vernetzungsinitiativen auf regionaler, kommunaler bzw. sozialräumlicher Ebene (z.B. „Bildungslandschaften“, „Präventionsketten“ etc.) zu einem effektiven Schnittstellenmanagement beitragen, und wo stoßen kommunale bzw. sozialraumbezogene Programme an ihre Grenzen?

Willkommen sind rechts-, sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Vorträge, die sich mit den oben genannten und ähnlich gelagerten Fragestellungen befassen. Abstracts mit Vorschlägen für Beiträge (maximal 500 Wörter) werden bis zum **10. April 2018** per Email an [antonio.brettschneider@fgw-nrw.de](mailto:antonio.brettschneider@fgw-nrw.de) erbeten. Die Herausgabe eines Schwerpunktheftes in der Zeitschrift *Sozialer Fortschritt* zum Thema der Fachtagung ist geplant.